



NaturFreunde NRW

NaturFreunde Deutschlands
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
-stellv. Landesvorsitzender-

Matthias Möller • Falkenstr. 39d • 40699 Erkrath

Bezirksregierung Arnsberg
59817 Arnsberg

Matthias Möller
Falkenstr. 39d
40699 Erkrath

Tel.: 0211/9242541
Mobil:
Fax:

Email: m.moeller.erkrath@web.de

Datum: 05.01.17

Keine Verlängerung der Erlaubnis für Fracking-Probebohrungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die NaturFreunde NRW, anerkannter Umweltverband nach Umweltrechtsbehelfsgesetz, fordern Sie auf, die von der Firma Wintershall beantragte Erlaubnis für Probebohrungen nach Erdgasvorkommen im Kreis Mettmann nicht zu erteilen.

Die Firma Wintershall beantragt eine Verlängerung der im Februar auslaufenden „Aufsuchungserlaubnis“ zu gewerblichen Zwecken. Seit der Erteilung der ursprünglichen Erlaubnis gibt es eine neue, verschärfte Gesetzgebung. Aufgrund dieser neuen Gesetzeslage fordern die NaturFreunde NRW **grundsätzlich** neu zu prüfen und die Erlaubnis zu versagen! Eine Erlaubnis wäre die Vorstufe zur „Betriebsplanzulassung“, die auf jeden Fall nicht hinnehmbar ist.

Gerade in einem dicht bewohnten Gebiet wie dem Kreis Mettmann stellt Fracking eine unverantwortbare Gefährdung der Menschen und ihrer Versorgung mit Grundwasser dar. Nicht nur die jetzt hier lebende Bevölkerung, sondern auch die kommenden Generationen würden die Folgen tragen müssen, wenn Grund- und Trinkwasser durch Chemikalien auf lange Zeit hinaus vergiftet werden.

Bereits die beantragten Erkundungsbohrungen nach mittels Fracking-Technologie auszubeutenden Erdgasvorkommen stellen einen Einstieg in diese Hochrisiko-Technologie dar – denn wozu sonst, wenn nicht zu ihrer kommerziellen Nutzung sollen solche Vorkommen erkundet werden?

Aus Sicht der NaturFreunde NRW gebietet daher §11, Satz 10 des Bundesberggesetzes eine Versagung der beantragten Erlaubnis, denn zweifelsfrei schließen die überwiegenden öffentlichen Interessen nach einer gesicherten Trinkwasserversorgung von nahezu einer halben Million Einwohner eine solche Erlaubnis aus.

In dieser Einschätzung wissen wir uns einig mit vielen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, anderen Umweltverbänden und Gemeinden im Kreisgebiet. Daher appellieren wir nochmals an Sie, die anstehende Entscheidung im Interesse der Bevölkerung zu treffen und die Verlängerung der Erlaubnis zu versagen.

Mit freundlichen Grüßen